

AUF IN NEUE ZEITEN

Jetzt sind sie da, die „Neuen“. Seit dem 11. Jänner haben wir einen neuen Bundeskanzler und eine neue Regierung.



Dr. Hans Kronberger
office@kronberger.net

In den Medien wurde der Start als glatter Fehlstart bewertet, dies bezog sich allerdings in erster Linie auf den Auftritt diverser (Innen-) Minister und dem neuen Bundeskanzler selbst, dem die eigenen Parteigänger allzu große Nachgiebigkeit gegenüber dem Regierungspartner vorwarfen.

Über den Umgang mit den anstehenden Problemen sagt weder die Verteilung der Regierungssitze noch der äußere Eindruck beim Start etwas aus. Daher macht es wohl Sinn, gerade der neuen Regierung, die über eine hoheitliche parlamentarische Mehrheit und damit auch über ein uneingeschränktes Durchsetzungsvermögen verfügt, einzuladen, die anstehende Weichenstellung für die Zukunft vorzunehmen. Zu tun gibt es enorm viel. Die Republik Österreich hat sich im Rahmen des Kioto-Abkommens verpflichtet, seinen Kohlendioxidausstoß um 13 Prozent zu reduzieren. Vom vereinbarten Ziel ist man unendlich weit entfernt. Keine Rede von Reduktion, der Ausstoß nimmt zu. Österreich hat sich im Rahmen der EU-Richtlinie für Strom aus erneuerbaren Energien verpflichtet, den Anteil von sauberem Strom auf 78,1 Prozent zu erhöhen. Vom Ziel entfernen wir uns täglich weiter. Die EU wird die vollkommene Durchsetzung der Gebäuderichtlinie (die im Wesentlichen einen Gütepass in Bezug auf Energieverbrauch für jedes Gebäude vorsieht) einfordern. Es wäre sinnvoll, eine einheitliche österreichweite Lösung freiwillig durchzusetzen. Bleibt zu sagen, dass die frische Bundesregierung allen Anlass hat, in die Hände zu spucken. Aber wir alle müssen sie unterstützen. Politik ist in den letzten Jahren immer stärker „reaktiv“ geworden, d. h., sie reagiert auf Druck von unten (geht man davon aus, dass die Politiker oben sitzen). Wem das Wort „Druck“ nicht gefällt, der kann es auch durch das Wort „Information“ ersetzen. Also versuchen wir, die neue Regierung zu „informieren“. Und dass wir ein weltweites Klimaproblem haben, dämmert inzwischen selbst den größten Zweiflern. Serienweise laufen jene Meteorologen, die sich immer wieder auf den „langjährigen Durchschnitt“ berufen haben, über zu einer nachdenklichen Hal-

tung gegenüber den Wetterkapriolen der letzten Jahre. Die Geschädigten des Jahrtausendhochwassers in Ober- und Niederösterreich und wahrscheinlich auch die bis zumindest Ende Jänner im Trockenen sitzenden Bewohner der Wintersportorte wird man nicht überzeugen müssen, dass die ungebremste Fortführung des bisherigen Systems jährlich Milliarden an volkswirtschaftlichem Schaden verursacht. Zuerst einmal zwei Problemkreise (die Regierung soll ja vier Jahre arbeiten), die es gilt, vordringlichst anzugehen. Um den Anteil von sauberem Strom auf echte 78,1 Prozent zu erhöhen, bedarf es einer dringenden Reform des Ökostromgesetzes. Nach dem alten Gesetz wird zwar ab dem ersten Jänner dieses Jahres mehr Geld vom Endkunden einverlangt, aber damit keine breite Entwicklung von sauberer Stromproduktion in die Wege geleitet, sondern einzelnen Landesfürsten und einer Landesfürstin sowie einigen lautstarken Lobbys ein Gefallen getan. Man hat eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Das schlechte Gesetz, beschlossen im Vorjahr, so schnell wie möglich erneuern! Und dann ran an unsere Gebäude. Sie bieten die größte Chance zum Klimaschutz, aber auch zum Selbstschutz vor ständig steigenden Energiekosten. Und, hier sind die volkswirtschaftlichen Denker im neuen Regierungsteam gefordert, die Gebäudesanierung schafft jede Menge Arbeitsplätze.

Bis zu 50 Prozent der Energiekosten könnten eingespart werden und mindestens 11.000 neue Arbeitsplätze könnten aufkommensneutral geschaffen werden, darüber stimmen Studien und Analysen von WIFO, der Donau-Universität Krems und der Wirtschaftskammer Österreich überein. Die Maßnahmen gehören selbstverständlich vernetzt. Da er die Situation mit der ihm innewohnenden Präzision exakt auf den Punkt gebracht hat, sei der quirlige Geschäftsführer der Gemeinschaft Dämmstoff Industrie (GDI), Franz Roland Jany, an dieser Stelle zitiert. Er meint: „Nur die Doppelstrategie – runter mit dem Energieverbrauch und rauf mit dem Anteil Erneuerbarer – ist zukunftsorientiert, intelligent und nachhaltig!“ Dem ist im Wesentlichen nichts hinzuzufügen.